



Berumbur, 17.03.2023

Herrn  
Landrat Olaf Meinen  
Landkreis Aurich  
Fischteichweg 7-13  
26603 Aurich

## Änderungsantrag

der CDU/FDP-Kreistagsgruppe zum Antrag „Tarifangleichung der Mitarbeiter/innen der KVHS Norden“ der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.03.2023 zu folgenden Tagesordnungspunkten:

1. 6.1.4.2 der Sitzung des Kreisausschusses am 22.03.2023
2. 6.4.2 der Sitzung des Kreistages am 23.03.2023

*Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Olaf,  
die CDU/FDP-Kreistagsgruppe stellt folgenden Änderungsantrag.*

*Der Kreistag möge beschließen:*

**Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen:**

- 1. Welche möglichen Auswirkungen hätte eine Tarifangleichung auf den Haushalt des Landkreises?**
- 2. Welche Konsequenzen würde eine Tarifangleichung auf die Struktur und die Angebotsvielfalt der KVHS haben, wenn diese auch zukünftig in der Lage sein soll, sich weitestgehend wirtschaftlich selbst zu tragen?**
- 3. Der Prüfauftrag bezieht sich auf alle Gesellschaften der KVHS und soll zur politischen Beratung und Entscheidung bis zum Herbst 2023 durch die Kreisverwaltung vorgelegt werden.**

### Begründung:

Die CDU/FDP-Kreistagsgruppe steht fest an der Seite der KVHS Aurich-Norden und begrüßt die aktuelle Diskussion um die ganzheitliche Tarifangleichung. Darüber hinaus ist sich die CDU/FDP-Kreistagsgruppe bewusst, welche wertvolle Arbeit in der KVHS und allen Gesellschaften durch die Mitarbeitenden geleistet wird. Die Kreisverwaltung, der KVHS-Geschäftsführer und die Standortleitungen der KVHS genießen das Vertrauen der CDU/FDP-Kreistagsgruppe. Gemeinsam mit der SPD-Kreistagsfraktion wurde 2019 ein politischer Kompromiss gefunden: der tarifliche Angleichungsprozess der KVHS Norden wurde gestartet und seitdem stufenweise umgesetzt. Richtig ist aber auch, dass dieser Angleichungsprozess noch nicht abgeschlossen ist und noch fortgeführt werden muss. Um der berechtigten Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nachkommen zu können, ist es wichtig, einen genaueren Blick auf alle Strukturen der KVHS und ihrer (Tochter-)Gesellschaften zu werfen. Damit entsteht Klarheit über alle Aufgaben und Leistungen der Gesellschaften und auf dieser Grundlage kann dann über die finanzielle Situation der Mitarbeitenden in den Gesellschaften politisch entschieden werden.

Die Aufgaben und finanziellen Herausforderungen des Landkreises werden immer größer. Vor diesem Hintergrund ist die CDU/FDP-Kreistagsgruppe nach wie vor der festen Überzeugung, dass sich die KVHS weitestgehend selbst und damit unabhängig vom Landkreishaushalt tragen muss, um zukunftsfähig und selbstständig aufgestellt zu sein.

Weitere Begründungen zum Änderungsantrag erfolgen mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Vorsitzender der  
CDU/FDP-Kreistagsgruppe